

## Arbeit

Ende Seite 67 von 135

Beginn Seite 68

Berlin wird Vorbild für gute Ausbildung. Die Zahl der Ausbildungsplätze wollen wir erhöhen und die Rahmenbedingungen für Ausbildung verbessern. Das Land Berlin, die landeseigenen Unternehmen und Stiftungen stehen in der besonderen Verantwortung, die Anzahl der Ausbildungsplätze, insbesondere für strukturell benachteiligte Menschen, zu steigern. Die Wohn- und Lebenssituation von Auszubildenden und Fachschülerinnen und -schülern werden wir in den Fokus nehmen.

Wir stehen für die **Gleichwertigkeit von akademischer und nicht-akademischer Bildung ein**. Um die Attraktivität des Handwerks zu steigern, werden wir die **Meisterfortbildung kostenfrei** stellen. Die Koalition wird Frauen und unterrepräsentierte Gruppen bei der beruflichen Weiterentwicklung und dem Aufstieg zur Führungskraft unterstützen, etwa bei der Meisterprüfung. Ziel ist auch die Förderung der Erlangung der Ausbildungsbefähigung. **Das Schulgeld wird für die auszubildenden Sozialassistentinnen und Sozialassistenten abgeschafft.**

Mit der Berliner **Ausbildungsplatzgarantie** ab dem Ausbildungsjahr 2024/25 bringen wir mehr Menschen in Ausbildung, auch um niemanden nach der Schulzeit zurückzulassen. **Wir werden die Berufs- und Studienorientierung in den Schulen stärken, Praxisphasen ausweiten und verpflichtende Praktika in den Jahrgängen 9 und 10 in allen Schulformen einführen. Schnellstmöglich legen wir ein entsprechendes Konzept zur Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie vor.**

In einem Bündnis für Ausbildung wollen wir gemeinsam mit der Berliner Wirtschaft und weiteren Akteuren der Berufsbildung erreichen, dass in den Berliner Betrieben bedarfsgerecht ausgebildet wird. **Im Rahmen des Bündnisses werden Wege für eine dauerhafte Schaffung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen erörtert.** Die zuständige Senatsverwaltung wird umgehend nach der Regierungsbildung einen im Senat **konsentierten Gesetzentwurf für eine Ausbildungsplatzumlage erarbeiten und im Bündnis vorlegen. Das Ergebnis der Bündnisarbeit muss die dauerhafte Schaffung von mindestens 2000 zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen bis zum 30. April 2025 sein. Sind diese zusätzlichen Ausbildungsplätze nicht bis zum 30. April 2025 dauerhaft geschaffen, wird vor der Sommerpause 2025 ein parlamentarisches Verfahren für eine gesetzliche Regelung zur Einführung einer Ausbildungsplatzumlage abgeschlossen.**

Wir wollen die Handlungsspielräume der Jugendberufsagenturen vergrößern, inklusiver entwickeln und die aufsuchende Beratung als festes Element vorsehen. Um die „Dienstleistung aus einer Hand“ zu stärken, **streben wir eine konkrete Zielvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit an.** Wir werden die

gesetzliche Grundlage für einen gelingenden Datenaustausch zwischen den Partnern (Jobcenter, Agentur für Arbeit, Senatsverwaltung, Bezirksamt) schaffen.

Die Koalition wird ein **Pilotprojekt zur Stärkung der aufsuchenden Berufsorientierung in ausgewählten Quartieren mit sozialen Herausforderungen auflegen und hierzu schnellstmöglich ein Konzept erarbeiten.** Wir schaffen eine **landesrechtliche Regelung zur Datenvermittlung des 11. Pflichtschuljahres und prüfen dessen Einführung.**

Wir stärken das Landeskonzert **Berufsorientierung und evaluieren alle Angebote.** Die Angebote „Komm auf Tour“ und das „Berliner Programm Vertiefte Berufsorientierung“ sollen in allen Bezirken durchgeführt und die dafür bereitgestellten Mittel aufgrund des gestiegenen

*Ende Seite 68 von 135  
Beginn Seite 69*

Bedarfes erhöht werden. Angebote wie die Schulpatenschaften für Schülerinnen und Schüler an Grundschulen oder BOKompakt für Jugendliche mit Beeinträchtigungen führen wir fort. Wir entwickeln gezielt weitere Angebote, um die Folgen der besonderen Herausforderungen für Schülerinnen und Schüler aus den Corona-Maßnahmen abzufedern, darunter neue Angebote mit Peer-to-Peer-Elementen in Zusammenarbeit mit den Verbänden der Jugendarbeit.

Wir erarbeiten ein Konzept für eine unabhängige zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende bei Problemen an den Schulen oder bei der Arbeitsstelle. Diese soll 2025 starten.

Streik ist ein Grundrecht, auch für Auszubildende. Dort wo das Land Berlin Regelungsmöglichkeiten hat, werden Streiktage nicht auf die Fehlzeiten von Auszubildenden angerechnet.

An Berufsschulen bzw. Oberstufenzentren sollen ausbildungsbegleitende Deutsch- und Fachsprachkurse als reguläre Ergänzung zu vorhandenem Deutschunterricht angeboten werden. Zudem werden bei privaten staatlich anerkannten Berufsschulen solche Kurse gefördert.

Es werden **mehr inklusive Ausbildungsplätze durch den öffentlichen Dienst und die landeseigenen Unternehmen** geschaffen. Die Einführung einer verbindlichen Quote wird geprüft. Bis Ende 2025 sollen 100 Budgets für Ausbildung vereinbart werden. Die Jugendberufsagenturen und Reha-Abteilungen der Jobcenter werden wir als Partner für bessere Aufklärung sowie für eine Kampagne für die Nutzung des Budgets gewinnen.

**Wir werden Unternehmen bei Investitionen in Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Transformationsprozessen, die nicht durch das Qualifizierungschancengesetz abgedeckt werden, unterstützen.** Die Weiterbildungsverbände in Berlin und die Fachstelle Qualifizierungsberatung in KMU werden berlinweit ausgebaut und gebündelt.

Die Koalition unterstützt die zielgruppenspezifische Erarbeitung von Strategien für entsprechende **Qualifizierungsangebote zur Aneignung von digitalen Kompetenzen** und Sicherung von armutsfesten Einkommen. Das Land Berlin

unterstützt mehrsprachige Beratungsangebote zu Elternzeit und Pflege. Zur Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei haushaltsnahen Dienstleistungen werden wir passende Maßnahmen prüfen.

Um Menschen mit Behinderungen gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt zu sichern, werden wir die bestehenden Angebote wie den Übergang zwischen Schule und Ausbildung von vollqualifizierenden Menschen evaluieren und die Schaffung einer unabhängigen Beratungsstelle zur Teilhabe am Arbeitsleben prüfen. Die Koalition wird sich an Modellprojekten des Bundes beteiligen und einen Gesetzentwurf zum inklusiven Arbeitsmarkt konstruktiv begleiten. Die „Aktion Schichtwechsel“ wird weiterhin unterstützt.

Für Menschen mit Beeinträchtigung gewährleisten wir, dass sie auch weiterhin in einem geschützten Rahmen einer sinnstiftenden Beschäftigung nachgehen können. Dafür unterstützen wir Werkstätten für Menschen mit Behinderung und deren

*Ende Seite 69 von 135*

*Beginn Seite 70*

Weiterentwicklung. Darüber hinaus wird die Vergabe von staatlichen Aufträgen an Inklusionsfirmen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung vereinfacht. Die Koalition will die Inklusionsunternehmen stärken.

Wir werden das vorhandene Erwerbspotenzial – neben der Fachkräftezuwanderung – im Inland besser fördern. Dazu werden wir die Steuerung der Fachkräftepolitik zentralisieren, eine Fachkräftestrategie umsetzen und eine Verbleibstudie für Berliner Studierende erstellen.

Für die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte ist die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse unerlässlich. Das LAGeSo soll gestärkt werden. Die Koalition wird Berlins Wirtschaft bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte unterstützen und legt bis Mitte 2024 ein Konzept vor. Zudem wird eine bessere Unterstützung bei Berufsanerkennungen, die nicht über das Landesamt erfolgen, angestrebt.

Das LEA soll gestärkt werden. Berlin richtet ein interdisziplinäres Welcome Center für internationale Fachkräfte als „One Stop Agency“ ein.

Die Koalition wird zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Solo-Selbständigen beitragen und Scheinselbständigkeit zurückdrängen. Das „Haus der Selbständigen“ werden wir unterstützen und im Bund darauf hinwirken, den Eintritt von Solo-Selbständigen in die gesetzliche Gesundheits- und Rentenversicherung zu erleichtern.

Um die gesetzlich notwendigen Aufgaben bewältigen zu können, muss die Attraktivität der sozialen Berufe deutlich erhöht werden. Die Koalition wird prüfen, wie sowohl die Träger im Sozial-, Erziehungs- und Bildungsbereich als auch die im Bereich der öffentlich geförderten Berliner Beschäftigungs-, Bildungs-, und Beratungsträger dazu befähigt werden, Tarife auf Höhe des TV-L anzuwenden.

Die Koalition unterstützt die attraktiven Aus- und Weiterbildungsangebote der Jobcenter. Gute Beratung sowie zielgerichtete und individuell angepasste Vermittlungsmaßnahmen ermöglichen Langzeitarbeitslosen den Weg zurück in eine

dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in für sie passende Berufe und Branchen. **Weiterbildung und Qualifizierung sollen gleichrangig unterstützt werden, dazu gehört für uns auch eine dreijährige Berufsausbildung.**

*Ende Seite 70 von 135*

*Beginn Seite 71*

Die Bezirke sollen jeweils prüfen, eine Person als Ansprechpartnerin bzw. als Ansprechpartner für Gute Arbeit und Ausbildung zu benennen.